

Widerspruch

DIE LINKE. PDS
Oder-Spree

www.linke-oder-spree.de

DIALOG für ein Brandenburg der Regionen – Ein Leitbild für die Region Oder-Spree gehört dazu

Zugegeben: Wir Linken sind immer schnell als Träumer verschrien. Die mit den guten Visionen, Ideen, aber ... Das ist mit den Menschen nicht machbar, es ist nicht finanzierbar und überhaupt.

Und nun wieder ein Leitbild – also ein Bild vom Land und seinen Regionen, das wir entwickeln, damit Politik sich davon leiten lassen kann. Ein Leitbild entwickelt gemeinsam mit vielen Brandenburgerinnen und Brandenburger, im Dialog über die Zukunft Brandenburgs und seiner Regionen, also auch unserer: der Region Oder-Spree. Also geht es um einen politischen Wettbewerb um gute Ideen, um neue Wege und Möglichkeiten. „Mal quer denken“ und „die Perspektive wechseln“ so die Aufforderung an die Mitmacher. Warum? Weil wir auf engagierte Verwaltungsbeamte in Eisenhüttenstadt gestoßen sind, auf Landwirte in Ranzig und Neuzelle. Weil die Neuzeller Brauerei auch ausbildet, damit künftig noch Gäste kommen können. Auf den Abiturienten aus Erkner der jetzt ein Jahr nach Amerika geht, um dann hier sein Leben zu verwirklichen. Auf den Verein für Jugendhilfe



**Schöner gehts nicht,
besser schon.**

und Sozialarbeit e.V. der in Hirschluch eine Jugendbegegnungsstätte unterhält. Weil – ja weil wir viele engagierte und kluge Menschen kennen, die nicht resigniert haben, sondern

Aus dem Inhalt:

- Leitbild der Landesregierung
schon Makulatur? 3
- Dessauer Erklärung 12

- G8 2007 – Es gibt Alternativen 14
- Die Pickelhaube begraben lassen 18
- Ostermärsche in Berlin/Brandenburg 21
- Prag, wir kommen! 24
- E-Paper lässt Fliegen am Leben 26

hier in und für die Region ihr bestes tun. Wer aktiv ist, ist den Chancen näher – und zwar dort wo er aktiv ist! Politik hat diese Chancen zu mehren – trotz Sparen. Politik muss Räume und Möglichkeiten öffnen.

In dieser Stimmung trafen sich am vergangenen Sonnabend etwa 70 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der Linkspartei aus unserer Region. Schnell wurde klar, Macherinnen und Macher sind genauso gebraucht wie Träumer und fachkundige Kenner. Die Mischung macht's. Und so war der Dialog für unsere Region anspruchsvoll und gleichzeitig konkret:

- Anständig bezahlte Arbeit wird gebraucht – für ein Leben in Würde. Die Potentiale sind da – im Tourismus und in der Gesundheitswirtschaft, in der Energie- und Rohstoffwirtschaft, in der Wissensregion und am Stahl- und Solarstandort. Und bedarfsgerecht kann gefördert werden. Klar muss das Ziel sein und der Weg dahin. Dann kann sogar mit Regionalisierungsmitteln und der Schaffung von BSI-Maßnahmen und ABM statt 1-Euro-Jobber konkrete Anschubhilfe geboten werden.
- Wir brauchen die Energiewende auch in unserer Region. Das Ziel bis 2020 sind 20 Prozent des Energiebedarfs der Region aus erneuerbarer Energie zu erwirtschaften ist mehr als realistisch und machbar.
- Biomasseproduktion kann helfen, dem ländlichen Raum eine neue Funktion zu geben. Wir brauchen den Energiebauern.
- Am wirkungsvollsten reduziert immer noch Energiesparen die CO²-Emissionen. Her mit dem Energiesparprogramm in den öffentlichen und privaten Haushalten.
- Eine gleichwertige Entwicklung aller Teile unserer Region setzt gute Strukturverbindungen untereinander voraus. Wir brauchen einen Neuanfang in der regionalen Verkehrsstruktur, aber auch in der Kommunikationsstruktur. Der DSL-Zugang für alle ist Voraussetzung für Chancengleichheit in der Entwicklung eines jeden.
- Wir müssen uns unserer kulturellen Wurzel östlich der Oder bewusst werden. Wir



Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser

brauchen eine gemeinsame und vorurteilsfreie Entwicklung. Wir wollen teilhaben am wirtschaftlichen Aufschwung der Nachbarn. Wir brauchen einen funktionierenden Autohof entlang der Autobahn, beispielsweise in Fürstenwalde.

Der Dialog hat begonnen und klar wird wir brauchen das Miteinander des leistungsfähigen Staates und der aktiven Bürgergesellschaft. Deshalb ist unser Leitbild ein Diskussionsangebot, kein Masterplan. Wir wollen, dass es in einem Jahr anders aussieht und besser ist als jetzt. Denn dann sollen die Ideen, Erfahrungen und Vorhaben aller eingeflossen sein, die in diesem Jahr mit uns im Dialog sind.

Ein Brandenburg der Regionen – als Vision. Doch konkretes Handeln hier und Heute für dieses Ziel. Wir sind Träumer? Vielleicht. Aber vor allem handeln und gestalten wir heute – für unseren Traum.

Stephan Wende, Kreisvorsitzender der Linkspartei. PDS LOS, stephan.wende@linkspartei.de

Regionalkonferenz in Fürstenwalde fand statt

Leitbild der Landesregierung schon Makulatur?

Fürstenwalde, 3. März 2007: Am heutigen Tage fand in Fürstenwalde die zweite Regionalkonferenz im Rahmen des von der Linkspartei initiierten Dialogs für ein Brandenburg der Regionen statt. Vor rund 80 Teilnehmern aus der Region Oderland-Spree formulierten der Landesvorsitzende Thomas Nord und die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser scharfe Kritik an den jüngsten Äußerungen des Bürgermeisters von Berlin Klaus Wowereit. Dieser hatte einen bisher geplanten gemeinsamen Wirtschaftsfördergesellschaft eine Absage erteilt. Dazu erklären beide:

„Es ist verständlich, dass Klaus Wowereit über die wenig sensiblen Äußerungen Brandenburger Politiker zur Fusion verärgert ist. Es ist auch nachvollziehbar, dass ihn insbesondere die fehlende Solidarität des Ministerpräsidenten Matthias Platzeck nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und der Absage an eine Teilentschuldung Berlins durch den Bund nicht erfreut hat. Andererseits dürfen die Stimmungslagen der beiden Landesoberhäupter keinen irreparablen Schaden für die Zusammenarbeit der beiden Bundes-

länder herbeiführen, wie die es jetzt offensichtlich der Fall ist.

Sollten Wowereit und Platzeck bei ihrem Konfliktkurs bleiben, ist das Leitbild beider Landesregierungen für die Hauptstadtregion bereits Makulatur. Obwohl die Linkspartei auch weiterhin scharfe Kritik am Leitbild beider Regierungen hat, ist dieses Leitbild immer noch besser als gar keines. Es wäre bedauerlich, wenn der Ansatz der Kooperation beider Bundesländer zukünftig auf Konfrontation umgeschaltet werden würde. Damit würde den Interessen beider Länder schwerer Schaden zugefügt und die Zukunft der Region aufs Spiel gesetzt.

Unabhängig davon, wie sich die Haltung beider Regierungen zu ihrem eigenen Leitbild weiter entwickelt, wurde auf der Konferenz deutlich, dass die Kritik der Linkspartei Brandenburg daran berechtigt bleibt. Mit dem durch Minister Dellmann vorgestellten Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg und der dort vorgeschlagenen Neugliederung der Zentralen Orte würde der Rückzug der Landepolitik aus den ländlichen Regionen zementiert. Zukünftig würden nur noch 51 statt bisher 152 Orte gefördert. Die Landesregierung fördert zu viele Branchen und zu wenige Städte. Das ist nicht der Abschied von der dezentralen Konzentration, sondern ihre Fortsetzung mit weniger Mitteln. Beide Vorgänge machen deutlich, dass die Landesregierung kein tragfähiges Konzept für die weitere Entwicklung des Landes Brandenburg hat. Gerade deshalb ist die Entwicklung eines alternativen Leitbildes durch die Linkspartei. PDS konsequent und muss fortgesetzt werden. Damit könnte wenigstens eine politische Kraft tragfähige Antworten für die Zukunft der Region zur Debatte stellen.“

Maria Strauß, Landesgeschäftsführerin Linkspartei. PDS Brandenburg

Landesvorsitzender Thomas Nord



Debatte um Leitbild der Linkspartei.PDS Brandenburg an der Basis mit Landtagsabgeordneter

Woltersdorfer Genossen besorgt um Bildungspolitik

Zur Zeit wird über Leitbilder viel geredet. Auch in der Ortsorganisation Woltersdorfer Linkspartei.PDS, bei der ich Ende Februar das Konzept unserer Landtagsfraktion für ein künftiges Brandenburg erläuterte. Wir wollen in diesem Jahr den Entwurf unseres Leitbildes breit diskutieren, nicht nur innerhalb der Linkspartei.PDS, auch mit anderen gesellschaftlich Aktiven, mit Bürgermeistern, Abgeordneten, Mitgliedern von Vereinen, Verbänden und mit interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Denn Brandenburg braucht neue, konkrete Zukunftsvisionen. Brandenburg benötigt eine Zukunftsdebatte, um Antworten auf den radikalen Wandel unserer Lebensverhältnisse zu geben, auf den technologischen und wirtschaftlichen Umbruch, auf den sozialen Wandel und auf die demographische Veränderung.

Schließlich sind jeden Tag politische Entscheidungen zu treffen über die Ausgestaltung des Landes, sei es über den öffentlichen Nahverkehr, über die Vergabe von Fördermitteln oder über die Schließung, vielleicht auch Öffnung, einer Schule. Jede dieser Entscheidungen ist von einem generellen Verständnis über die Werte und Ziele in unserer Gesellschaft geprägt.

Die Landesregierung Brandenburg setzt darauf Stärken zu stärken und das vor allem in den von ihr relativ willkürlich ausgewählten 16 regionalen Wachstumskernen. Unsere Region zwischen Erkner, Strausberg und Hoppegarten gehört bekanntlich nicht zu einem solchen Kern. Das heißt, wir erhalten künftig kaum noch Landesfördermittel für die Infrastruktur. Aber vor allem ländliche Räume sollen weitestgehend sich selbst überlassen werden.

Unsere Fraktion im Landtag hat dem Ende vergangenen Jahres ein eigenes Leitbild für ein solidarisches Brandenburg gleichberechtigter Regionen entgegengestellt.

Welche Leitmotive haben wir?

- Wir wollen gleiche Lebensqualität und Lebenschancen für alle Menschen im Land sichern. Deshalb meinen wir: Es ist an der Zeit, die Zukunft Brandenburgs nicht mehr allein den regierenden Parteien zu überlassen. Es ist an der Zeit, sich einzumischen, für uns als Partei, aber auch für die Brandenburgerinnen und Brandenburger, jetzt schon mit Blick auf die Kommunalwahlen 2008 und Landtagswahlen 2009.
 - Wir wollen, dass eine Regierung an der Linkspartei vorbei nicht mehr möglich ist.
 - Wir wenden uns an jene Mehrheit in der Bevölkerung Brandenburgs, die eine soziale und solidarische Gesellschaft will. Das Leitbild soll helfen, diese Mehrheiten politisch zu bündeln. Die letzten Wahlen haben es gezeigt, In Brandenburg gibt es eine Mehrheit links der Mitte.
 - Wir setzen auf die Menschen in Brandenburg und damit auf Gestaltung sowie soziale und politische Teilhabe für alle und überall, auf Solidarität und Nachhaltigkeit, auf die Entwicklung aller Landesteile. Dazu ist ein Politikwechsel nötig.
- Unser Leitbild lehnt das neoliberale Gesellschaftsbild ab. Es soll die existenziellen Risiken der Menschen eindämmen.

Anforderungen auf die Kommunen herunterbrechen

An dem Diskussionsabend mit den Woltersdorfer Genossinnen und Genossen wurde mir deutlich, dass die Ansprüche des Leitbildes vor Ort auf die eigene Region, die eigene Gemeinde heruntergebrochen werden müssen.

Die Genossen blieben nicht stehen bei der Frage gleichberechtigter Regionen und gleichwertiger Lebensbedingungen für alle oder bei der öffentlichen Daseinsvorsorge, für uns

gleichbedeutend mit gleichberechtigten und kostengünstigen Zugang zu den lebenswichtigen Dienstleistungen. Sie fragten, wie schaffen wir öffentlich geförderte Beschäftigung? Wie finanzieren wir das Ganze? Dazu werden auch im Leitbild Wege über Vermögens- und Erbschaftssteuer aufgezeigt.

Die Mitglieder der Ortsorganisation sorgten sich hauptsächlich um unser wichtigstes Kapital, die Bildung junger Menschen. Schließlich sagen wir, die Zukunft liegt in der Bildung. Und wenn wir Wissen und Bildung zur politischen Priorität erheben, können wir nicht darüber hinweggehen, dass dafür vom Land viel zu wenig Geld ausgegeben wird und Brandenburg im bundesweiten Vergleich hinten steht. Kein Wunder, schulische Infrastruktur wird seit Jahren in Brandenburg abgebaut.

Was muss getan werden, damit Eltern, die es sich leisten können, nicht zunehmend private Schulen für ihre Kinder favorisieren?

Wir plädieren für eine gravierende Reform des Bildungswesens mit Chancengleichheit

für alle Kinder, auch aus sozial schwachen Elternhäusern, anstatt zunehmender früherer und stärkerer sozialer Auslese, wie sie zur Zeit praktiziert wird. Zumindest für die ersten Schuljahre sollte ein möglichst engmaschiges wohnortnahes Netz an schulischen Angeboten erhalten bleiben. Alle müssen bestmöglich individuell gefördert werden – von der Kita bis zur Hochschule.

Das Fazit für alle Anwesenden: Bewegen wir uns, damit sich im Land Brandenburg etwas bewegt!

Renate Adolph, Landtagsabgeordnete

Das Papier steckt voller Realpolitik und zeigt, dass es den Autoren um mehr als nur um ein Leitbild geht. Die Linkspartei hebt weniger auf Berlin ab, betont die Chancen aller Landesteile und will mehr Mitsprache vor Ort. Das klingt gut ...

aus „Märkische Allgemeine“

Jetzt amtlich: Stefan Sarrach – einer der fleißigsten Redner des Landtages

Landtag debattierte 300 Stunden lang

Potsdam (dpa) Seit seiner Konstituierung am 13. Oktober 2004 hat Brandenburgs Landtag in 42 Plenarsitzungen mehr als 300 Stunden lang debattiert und abgestimmt. Das Parlament auf dem Potsdamer Brauhausberg verabschiedete bis Ende vergangenen Jahres 66 Gesetzentwürfe, von denen die Landesregierung allein 59 einreichte. Zwei kamen von einzelnen Abgeordneten, zwei vom Landtagspräsidenten. Diese Zahlen enthält die jüngste Statistik des Hohen Hauses, das bald die Hälfte der fünfjährigen Legislaturperiode hinter sich haben wird.

In dieser Zeit verlor es bereits sechs seiner 88 gewählten Volksvertreter – entweder durch Mandatsverzicht oder Tod. Die Verfassung will es, dass der Landtag im Mittelpunkt der repräsentativen Demokratie steht. Entsprechend hitzig geht es im Plenarsaal bisweilen zu. In 1 730 Redebeiträgen

machten die Abgeordneten während der vergangenen zweieinhalb Jahre ihrer Meinung Luft.

Schon wegen ihrer geringen Größe liegt hier die DVU-Fraktion einsam vorn: Ihre Vorsitzende Liane Hesselbarth trat 118 Mal ans Mikrofon. Dagegen bringen es die beiden fleißigsten Redner von CDU und PDS, Sven Petke und Stefan Sarrach, auf jeweils 40, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Christoph Schulze, gar nur auf 36 Auftritte.

Anlass dafür boten 35 Aktuelle Stunden und 38 Fragestunden mit 1 051 Fragen. In 1 623 Petitionen ließen überdies die Bürger ihre gewählten Vertreter wissen, wo sie der Schuh drückt. 2005 betrug das Durchschnittsalter der Abgeordneten 48 Jahre. Immerhin gehören zehn der Mandatsträger dem Parlament seit seinem Bestehen 1990 an.

Lothar Bisky im Erfahrungsaustausch mit den Bürgermeistern aus dem „Speckgürtel von Berlin“

Speckgürtel ist nicht gleich Schlaraffenland

Dabei ist schon der Begriff „Speckgürtel“ ein irreführender, wie Lothar Bisky eingangs der Gespräche betonte. Gespräche, die er mit den Bürgermeistern Herr Joachim Kirsch (Erkner, SPD) und Herrn Wolfgang Höhne (Woltersdorf, parteilos) gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Renate Adolph (DIE LINKE, PDS) führte. „Speckgürtel, das suggeriert eher ein Land wie das Schlaraffenland. Doch eher das Gegenteil habe ich kennen gelernt: Zwei Kommunen mit Ideen und Visionen, aber auch mit handfesten Problemen. Zwei Kommunen, die nur andere, nicht einfach bessere Ausgangsmöglichkeiten haben als Berliner Kommunen.“ so Lothar Bisky.

„Für mich ist interessant, die Überlegungen zur Entwicklung der Region vor dem Hintergrund der Landesentwicklungsplanung kennen zu lernen. Ich unterstütze ausdrücklich die Initiative der Bürgermeister über Landkreisgrenzen hinweg (!), der stadtnahen Region einen höheren Stellenwert zu zuschreiben. Und gleichzeitig kann ich nur ermuntern, in diese Überlegungen von Anfang an Vereine, Verbände und die interessierte Bürgerschaft miteinzubinden. Keine Bürgermeisterpapiere sind hier gefragt, sondern von der Bürgerkommune mitentwickelte Handlungskonzepte. Das Interesse daran ist da, die Bereitschaft zum Mitmachen auch – wie es gerade auch meine Partei in ihrem Leitbildprozess ‚Für ein Brandenburg der Regionen‘ erfährt.“ so der Bundestagsabgeordnete Lothar Bisky zum ersten Themenschwerpunkt.

Bürgermeister Wolfgang Höhne mahnte die bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen an. Bund und Land gefährden durch ihre Finanzpolitik die gewollte Selbstverwaltung der Kommunen. „Diese Sorgen sind mir nicht fremd. Die Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag hat eine Gesetzesinitiative vorbereitet, die die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen durch eine Gemeindefinanzreform wieder herstellt. Gleichzeitig

gilt hier aber auch, dass das Land nicht durch seine verfehlte Finanzpolitik, die Kommunalpolitik zwingt, Gemeinbedarf abzuwägen. Nicht ‚Straßenbahn oder Schulsozialarbeiter‘ darf die Frage in Woltersdorf lauten, sondern nur ‚Straßenbahn und Schulsozialarbeiter‘! Die öffentliche Daseinsvorsorge muss finanziert werden.“ Damit stellte Lothar Bisky die Ziele der Gemeindefinanzreform klar.

Ein weiterer Schwerpunkt in den Gesprächen waren die Auswirkungen von Hartz IV. Sowohl die finanziellen Konsequenzen für Städte, als auch die persönlichen Schicksale von Menschen spielten in den Gesprächen eine große Rolle.

„Ich habe in Herrn Kirsch einen Bürgermeister kennen gelernt, der in Kontakt zu den Betroffenen steht und mit großer Sorge zur Kenntnis nimmt, wie viele Menschen durch Hartz IV in die Armut und Perspektivlosigkeit gedrängt werden. Herr Kirsch nimmt hier klar eine andere Position als die Bundes-SPD ein. Ich unterstütze ihn dabei. Die Linkspartei.PDS hat ‚Hartz IV ist Armut



MdL Reate Adolph, Bürgermeister Joachim Kirsch und MdB Lothar Bisky (v. l.)

per Gesetz‘ plakatiert, wissend darum, dass dies am klarsten und am ehrlichsten die Folgen dieses Gesetzes beschreibt“, so Lothar Bisky. „Die Linkspartei.PDS thematisiert von der Stadt, über den Kreis, das Land und den Bund immer wieder die verheerenden Folgen des Gesetzes als auch die Alternativen Vorschläge. Meist ohne Erfolg, aber manchmal ... Die aktuelle Debatte um die Bürgerarbeit

zeigt, dass unsere Vorstellungen eines Öffentlichen Beschäftigungssektors machbar sind. Und die klare Ablehnung der Brandenburger Sozialministerin Ziegler (SPD) wie weltfremd sie Politik in Potsdam macht.“

Am Ende des Gespräches wurden weitere Arbeitskontakte verabredet.

Stephan Wende, Wahlkreismitarbeiter

[solid] Storkow überreicht Staatssekretär bildungspolitische Forderungen

Für mehr Bildungsgerechtigkeit



Am Donnerstag, dem 15. Februar 2007 übergab die Storkower Ortsgruppe von [solid] – die sozialistische Jugend – während einer SPD-Veranstaltung in der Europaschule dem Staatssekretär im Bildungsministerium Forderungen zur Verbesserung der Bildung und Chancengleichheit in Brandenburg.

Über 225 SchülerInnen, aber auch LehrerInnen der Europaschule unterstützen das Protestschreiben „Für mehr Bildungsgerechtigkeit“ des Jugendverbandes, in dem unter anderem eine kostenlose Schülerbeförderung gefordert wurde, „da die Wahl der Schule nicht vom Geldbeutel (Fahrpreis) abhängen dürfe“ ([solid] Storkow). Kritik teilten die SchülerInnen auch in den teilweise auftretenden zu hohen Klassen- und Kursfrequenzen. 32 SchülerInnen in einem Wirtschaftsleistungskurs seien in Storkow die traurige Realität. Um solche Zahlen Geschichte werden zu lassen, bräuchte man mehr LehrerInnen und kleine Klassen/Kurse. So könnte auch das Förderangebot, sowie die Vertretungsreserven bei Lehrerausfall erhöht werden, denn vier Prozent Unterrichtsausfall in der Sekundarstufe I im ersten Schulhalbjahr 2006/07 seien zu hoch.

Die [solid]-Ortsgruppe von Storkow weist natürlich, dass die Ursachen für die Probleme bei der Landesregierung aus SPD und CDU zu finden sind und nicht bei der Schulleitung. So wundert es nicht, solche Zustände im ganzen Land und nicht nur in Storkow

vorzufinden. „Neben dem Geburtenknick, bedrohen auch negative Vorurteile gegen unsere Schule und die Gesetzgebung den Bestand der Oberstufe“, äußert sich der ehemalige Schülersprecher und [solid]-Mitglied Christopher Voß. Als unmittelbar Betroffene befürworten besonders Zehnt- und NeuntklässlerInnen daher die geforderte Absenkung der Mindestschülerzahlen für Abiturjahrgänge auf 40.

Der derzeitige Schülersprecher Martin Batschin sagt, dass viele SchülerInnen auf ein Antwortschreiben des Bildungsministers warten, der kurzfristig seinen Staatssekretär als Vertretung geschickt hatte.

Josephine Wendland, [solid] Storkow

Die Linkspartei.PDS Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle
Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde
Tel. (033 61) 3 30 69 • Fax 34 26 24
E-Mail kontakt@linke-oder-spree.de
geöffnet Mo.–Do. 9–12 u. 13–17, Fr. 9–13 Uhr
Kasse Di. 13–17 Uhr, Do. 9–12 Uhr

Online-Shop

Hier können Sie politische Literatur, Organisationsmaterial, aber auch Werbemittel und Fan-Artikel der Linkspartei.PDS bestellen.

www.sozialisten.de/shop

Vom Wert linker Kommunalpolitik

Eine Frage der Transparenz

Ist sozialistische Kommunalpolitik möglich? Diese Frage wollte der Referent auf einer Regionalveranstaltung des Landesvorstandes Sachsen im Dezember 2006 mit Neumitgliedern in Chemnitz nicht klar mit Ja oder Nein beantworten.

Für einfache Antworten könnten einerseits die durchaus vorzeigbaren Erfolge „linker“ Kommunalvertreter und andererseits die mit Verweis auf den Woba-Verkauf in Dresden oder auf Privatisierungen in Berlin flankierten problematischen Entscheidungen „linker“ Kommunalvertreter herhalten. Doch so einfach ist es eben nicht. Dennoch ist meine Antwort auf die oben genannte Frage ein klares Nein.

1. Um „sozialistische Kommunalpolitik“ zu bestimmen, muss selbstredend auf den Sozialismus-Begriff Bezug genommen werden. Mindestens auf das Sozialismusverständnis im Programm der Linkspartei.PDS. Dort wird Sozialismus als Ziel, Weg und Werte verstanden. Das heißt jede Politik, sofern sie sozialistisch genannt werden kann, muss in sich eine Einheit aus Zielideal (Vorstellung von künftiger Gesellschaft, Vision), realpolitischen Maßnahmen (für oder gegen etwas auf dem Weg dorthin bzw. mit erkennbarer Gerichtetheit auf diese Zielvorstellung) und unaufgebbaren Werten (Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität) verkörpern, muss sie zu einem Guss integrieren. Politischer Pragmatismus, der sowohl das Zielideal wie die unaufgebbaren Werte relativiert, weil man in dessen Entscheidungen eben keinen akzeptablen Zusammenhang zu diesen mehr herstellen kann, ist also keine „sozialistische Kommunalpolitik“.

2. Eine einseitig fachpolitisch begründete Entscheidung kommt mit anderen fachpolitischen Sichten in Kollision, ist aber nahezu die Regel im Parlamentarismus heute. Oft ist die Fachsicht nur vorgetäuscht, um Interessengruppen zu verschleiern. Das

entspricht nicht dem Einheitsgebot unseres Programms. Eine Prüfung der Vereinbarkeit mit Ziel und Werten findet bei kommunalpolitischen Entscheidungen in der Regel gar nicht statt. Wie sollte sie auch, wenn die Kommunalpolitiker nach Arbeit, Familie und Parteifunktion gehetzt und oft unvorbereitet zur Sitzung kommen, aber doch entscheiden (Vertretern anderer Parteien geht es nicht viel anders). Eine bloße vorherige Kenntnisnahme der anstehenden Drucksachen ist noch keine wirkliche Vorbereitung!

Um eine gewisse Ganzheitlichkeit der Sicht für eine Entscheidung zu haben, müssten sie, wie ihre bezahlten Kollegen in Land- und Bundestag, Experten zu Rate ziehen und vor allem in der Fraktion ausführlich miteinander darüber reden. Aber wann sollen sie das tun, und wer soll die Experten bezahlen? Die Politikebene, wo das Leben am direktesten pulsiert, wo die gegenseitig durchdringenden Wirkungen fachpolitischer Landes- und Bundesentscheidungen (in ministerialbürokratischer Zuständigkeit erarbeiteter und dann machtideologisch beschlossener Gesetze) am augenfälligsten werden, diese Ebene hat kaum Ressourcen zur Kompetenzsteigerung politischer Entscheidungen. Diese Bedingungen verhindern ebenfalls „sozialistische Kommunalpolitik“. Dabei bleibt die Tatsache noch außer Acht, dass die Linkspartei.PDS schon nicht alle errungenen Mandate besetzen konnte. Gerade deshalb hat die Linkspartei.PDS Vorschläge zur Verbesserung der Bedingungen für Kommunalmandate.

3. In der politischen Praxis werden Mehrheitsentscheidungen getroffen. Die Mehrheiten sind nicht von der Linkspartei.PDS. Die letzten Linkspartei.PDS-Mehrheiten in der Kommunalpolitik haben wir im Herbst 2006 in Berliner Bezirken verloren. Also geht es um gemischte Mehrheiten, wenn es um Durchsetzung politischer Entscheidungen geht, die „Ziel, Weg und Werte“ der

Linkspartei.PDS verkörpern sollen. Folglich muss es Kompromisse geben. Immer aber muss noch ein verantwortbarer Bezug zu unseren Werten transparent werden. Das ist nicht unmöglich, sind doch Wertepositionen bei den Parteien wie ihren Mandatsträgern teilweise überschneidend. Man kann also in Detailfragen durchaus im Sinne der Zielstellungen der Linkspartei.PDS vorankommen. Das aber sind nach bisheriger Praxis, gemessen an dem Umfang unserer Beteiligung in Kommunalvertretungen, die Ausnahmen. Denn der Weg ist schon verlegt durch die Gepflogenheiten des bundesdeutschen Parlamentarismus, der auch mit unserem programmatischen Demokratieverständnis nicht voll vereinbar ist.

Die politische Entscheidungskultur mit ihren gesetzlich-formalen Mechanismen genügt unserem Anspruch an Demokratie nicht (Wahlbeteiligung, 5-Prozent-Hürde, Barrieren für Volksbegehren, keine Volksentscheide auf Bundesebene usw.). Auch die „demokratische Debattenkultur“ gleicht eher einer Diktatur der wahlpolitischen Mehrheit. Damit sind so getroffene Entscheidungen unter dem programmatischen Gesichtspunkt „demokratischer Sozialismus“ genau genommen noch nicht einmal legitimiert, obwohl wir daran beteiligt sind.

Sag mir, wo Du stehst ...
und welchen Weg Du gehst.

In Velten (Brandenburg) beschloss die Stadtverordnetenversammlung am 25. Januar mit den Stimmen von CDU und SPD, Straßen in Velten-Süd umzubenennen. Die Linkspartei-Abgeordneten traten für Frieden und Freundschaft ein – auch bei Straßennamen.

Foto: Erich Wehnert

4. Warum also legen wir trotzdem so viel Wert auf kommunalpolitische Beteiligung? Weil auch eine kommunalpolitische Praxis der Ablehnung und des Beschließens von Maßnahmen, die durch die Bürger/innen abgelehnt wurden, verräterisch ist und den Geist der politischen Parteien offenbart. Jedoch muss man dazu als Linkspartei.PDS schon Entscheidungsvorlagen kompetent erarbeiten. Auch müsste der Zusammenhang zu gesetzlichen Voraussetzungen für kommunalpolitisches Handeln transparenter gemacht werden. Mehr aber noch muss mit den Ergebnissen von Entscheidungen öffentlich umgegangen werden – damit die Bürger/innen verstehen können, was vor sich ging, wer wofür und wer wogegen war. Gelingt das nicht, ist Beteiligung der Linkspartei.PDS in dieser zu überwindenden Staatsstruktur überflüssig wie ein Kropf.

5. Ein in sich geschlossener Politikansatz als Einheit von „Ziel, Weg und Werte“ ist in der Kommunalpolitik nicht möglich. Daran hindern die politischen Mehrheiten



genauso wie der bestehende und den Kommunalpolitikern vorgegebene Rechtsrahmen aus Bundes- und Landesgesetzgebung, auf den man in der Kommunalpolitik keinen Einfluss hat. Diese geben eine andere Richtung als die in unserem Ziel bestimmte vor. Dazu gehört zum Beispiel der Finanzrahmen für Kommunalpolitik. In den Kommunen wird dies oft parteiübergreifend als Beschränkung und Entmündigung empfunden. Doch geht es zur Abstimmung, folgen die Mehrheiten oft bloß vollziehend ihren landes- und bundespolitischen Politikern und nicht den Kommunalinteressen. Denn sonst müssten viel mehr Antragsinitiativen entstehen, deren Inhalt sich an den Landes- und Bundesgesetzgeber (Landtag, Bundestag) wenden, um die Subsidiarität und die Selbstbestimmung der Kommunen zu stärken. Auch die Linkspartei.PDS hat hier erhebliche Defizite, weil ihre inneren Arbeitszusammenhänge auf den drei Ebenen zu sehr horizontal und weniger vertikal ausgeprägt sind.

6. Wenn auch unter diesen teilweise Knebelbedingungen für Kommunen dennoch vernünftige Politik gemacht wird

– von der Linkspartei.PDS, in Mehrheiten mit anderen Parteien oder auch im Konsens mit allen vertretenen Parteien –, ist das keine sozialistische Kommunalpolitik. Ansonsten müsste man gegebenenfalls konservative Politik, weil sie unter bestimmten Rahmenbedingungen vernünftig ist und somit auch die Linkspartei.PDS nichts anderes tun würde, sozialistisch nennen. Ihr mangelt es jedoch aber gerade an jener „Einheit von Ziel, Weg und Werte“ nach dem Programm der Linkspartei.PDS.

Unser kommunalpolitisches Engagement ist also nicht wertlos. Aber es verliert in dem Maße an Wert, wie es nicht gelingt, den Bürgern die Interessen von Entscheidungsträgern und die Funktionsweisen der Macht transparent zu machen. Dabei kommt es sehr auf den inneren Zusammenhang von Gesetzgebung und kommunaler Abhängigkeit einerseits und Wirkungen andererseits an. Daher auch die Einbrüche bei Kommunalwahlen im Osten.

Ralf Becker, ehrenamtlich Stadtrat in Hohenstein-Ernstthal und Mitglied des Kreisvorstandes Chemnitzer Land, aus „DISPUT“, 2/2007

Bundesarbeitsminister Müntefering plant einen gesetzlichen Mindestlohn von 5 Euro

5 Euro sind ein Minilohn – Mindestlohn heißt: 8 €

5 Euro auf die Hand sind kein Mindestlohn, sondern ein Minilohn. Mit diesem Angebot bleibt die SPD deutlich hinter den Erwartungen der im Niedriglohnbereich Beschäftigten zurück und auch deutlich unter der derzeitigen Pfändungsfreigrenze.

Die Linkspartei.PDS und die Fraktion DIE LINKE. bleiben dabei: Von Arbeit muss man leben können. Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro die Stunde.

Die SPD tut sich schwer mit ihrem Versprechen, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Dabei gibt es einen einfachen Weg: ein Gesetzesantrag im Bundestag.

Die SPD wählt lieber den Umweg und schickt Bundesarbeitsminister Müntefering in Verhandlungen mit der CDU um ein so genanntes Arbeitsmarktreformpaket.

Darin geplant sind nicht nur die 5 Euro Minilohn, sondern auch deutliche Verschlechterungen für Langzeitarbeitslose. Die Koalition will die Zuverdienstregelungen ändern, das heißt im Klartext, sie abschaffen. Damit nimmt die SPD-CDU-Koalition vielen Langzeitarbeitslosen nicht nur die letzte Chance, ihre Armut einzuschränken, sondern grenzt soziale Kontakte weiter ein.

Katja Kipping, MdB, stellvertretende Parteivorsitzende DIE LINKE.PDS

Erklärung von Dessau ist keine Kampfansage

Peter Porsch spielt Kritik an Lafontaine herunter und verteidigt Berliner Genossen.



Peter Porsch ist Vorsitzender der Fraktion der Linkspartei.PDS im Sächsischen Landtag

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Linkspartei.PDS hat unlängst die „Dessauer Erklärung“ verabschiedet, in der die Arbeit der Linkspartei.PDS im Berliner Senat in den höchsten Tönen gelobt wird. Sie waren dabei – hatten Sie keine Kritik?

Wenn es so wäre, wie Sie behaupten, hätte ich Kritik, höchste Töne des Lobes stehen nicht auf der Tagesordnung. Tatsächlich beschäftigt sich die Erklärung mit dem linken Maßstab für die Glaubwürdigkeit von Politik. Der Einstieg in die Gemeinschaftsschule, einmalig großzügige Regelungen für anfallende Wohnkosten für ALG-II-Empfänger, 3-Euro-Ticket für Kultureinrichtungen, unentgeltliche Bibliotheksnutzung und Sozialticket für Verkehrsbetriebe sind Leistungen der mitregierenden Berliner Linkspartei.PDS, die diesem Maßstab gerecht werden. Ich halte es für normal, dass man als Linker der Dauerkritik der Rechten und der politischen Mitte an dieser Koalition auch einmal tatsächliche Erfolge gegenüberstellt.

Kritiker haben immer wieder konstatiert, dass die Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in Berlin der Vereinigung der Partei mit der WASG schade. Tatsächlich hat sich die Berliner WASG kürzlich gegen eine Vereinigung mit der Linkspartei entschieden. Ist Ihrer Partei die Regierungsbeteiligung wichtiger als eine entschieden sozialistische neue Linke?

Dass allein die Berliner WASG Maßstäbe für eine entschiedene sozialistische Linke

setzt, wage ich zu bezweifeln. Wer sich in die verbalradikale Schmollecke zurückzieht, erreicht am Ende überhaupt nichts, nicht einmal das, was ich gerade als linke Markenzeichen der Berliner Koalition benannt habe. Auf dem Papier recht haben zu wollen, ist noch kein politisches Qualitätsmerkmal. Mir geht es mehr darum, was durch Politik für die Leute herauskommt. Ob uns das in Berlin erreichte genügt, darüber können und müssen wir streiten.

Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, hat die Haltung zur Privatisierung der Berliner Sparkasse als „Lackmustest für unsere Glaubwürdigkeit“ bezeichnet. Sind derlei Privatisierungen trotzdem mit Ihrer Partei zu machen?

Zur Glaubwürdigkeit gehört erst einmal, die Geschichte nicht zu vergessen: Die Berliner CDU hat die Berliner Bank bis an den Rand des Ruins heruntergewirtschaftet. Nach der Abwahl der CDU hat sich der rot-rote Senat zu einer Sanierung der Bank entschieden, da mit ihrem Fortbestand das Wohl und Wehe unzähliger mittelständischer Unternehmen und ihrer Arbeitsplätze verbunden gewesen ist. Die eigentliche Entscheidung ist also bereits viel früher gefallen. Die aktuelle Privatisierungsfrage hat viel mit EU-Auflagen und nur mehr wenig mit Grundsatzstreitfragen zu tun – ich rate zur Gelassenheit. Natürlich begrüße ich es, wenn alle Möglichkeiten ausgelotet werden, einen möglichst großen öffentlichen Anteil an der Bank zu erhalten.

Wo liegt Ihre persönliche Schmerzgrenze bei der unsozialen Politik des Berliner Senats? Wann ist es an der Zeit, die dortige Koalition zu verlassen?

Ich habe mir nach der Wahl in Berlin die Bemerkung erlaubt, dass es ein „Weiter so“ nicht geben kann, wenn man die Hälfte der Wähler verloren hat. Daher begrüße ich die Schwerpunktsetzung der Berliner Genossinnen und Genossen: schrittweise Überwindung des

gegliederten Schulsystems, Kita für alle, Ablehnung der Studiengebühren, Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, um nur einige Punkte herauszugreifen. Wenn die Berliner Linkspartei.PDS an diesen Projekten konsequent dranbleibt, dient dies genau der Schärfung des Profils, wie ich sie mir gewünscht habe.

Die „Dessauer Erklärung“ liest sich wie eine Kampfansage an eine Kandidatur Lafontaines als Parteivorsitzender. Täuscht dieser Eindruck?

Man sollte sich von der linken Unsitte ver-

abschieden, ständig in Papiere etwas hineinzulesen, was da gar nicht steht. Die „Dessauer Erklärung“ ist kein Kampfpapier. Als solches würde ich sie nicht unterschreiben. Der Text sagt etwas über Bedeutung und Aufgaben einer vereinigten Linken unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Umständen aus Sicht der Länderfraktionschefs. Dafür stehen wir in der Verantwortung. Wer die Dinge anders sieht, sollte es sagen. Ich nehme die Diskussion gerne auf. In Kampfstellung gehe ich nicht.

Markus Bernhardt, aus „junge Welt“, 21. 2. 07

Dessauer Erklärung der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei.PDS

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz sieht dem Jahr 2007 mit Zuversicht und hohen Erwartungen entgegen. Die Linke wird in diesem Jahr zu einer neuen Partei – und als solche wird sie mit neuer Kraft fortsetzen, was Linkspartei.PDS und WASG 2005 begonnen haben: In den politischen Auseinandersetzungen in Deutschland linke Ideen und Projekte zu einem bestimmenden Maßstab und die soziale Gerechtigkeit zu einer bestimmenden Achse des politischen Wettbewerbs zu machen.

Ohne die anhaltende Stärke der sich formierenden neuen Linkspartei würde es die politische Debatte um Existenz sichernde gesetzliche Mindestlöhne oder um die Einführung öffentlicher Beschäftigung in Deutschland nicht geben. Und es gäbe immer noch geringere Zahlsätze für Hartz-IV-Empfänger in Ostdeutschland.

Nur aufgrund der Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS gibt es in Mecklenburg-Vorpommern einen Einstieg in öffentlich geförderte Beschäftigung (immerhin 262 Projekte) und ein konsequent regionalisiertes Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm, bei dem Projekte und Finanzierung vor Ort von Beiräten entschieden werden. Das Programm zur vorschulische Bildung und Erziehung mit zusätzlich sieben Millionen Euro pro Jahr wäre nicht eingeführt worden. Es gäbe kein längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 6 und das dreigliedrige Schulsystem bestünde weiter. Es hätte keine Deutschlandweit geach-

tete fortschrittliche Nachhaltigkeits- und Umweltpolitik gegeben.

Ohne die Berliner Linkspartei.PDS in Regierungsverantwortung begänne in Berlin jetzt nicht der Einstieg in die Gemeinschaftsschule. Ohne die Berliner Linkspartei.PDS gäbe es dort nicht die einmalig großzügige Regelung für anfallende Wohnkosten bei ALG-II-Empfängern, kein 3-Euro-Ticket für den Besuch von Kultureinrichtungen, keine unentgeltliche Nutzung der Bibliotheken und auch kein Sozialticket für die Berliner Verkehrsbetriebe.

Es zeigt sich: Politisches Engagement und Konzentration auf die zentralen sozialen Fragen zahlt sich unter allen Konstellationen für die Menschen aus. Das ist der Zweck von linker Politik. Daran muss sie sich bewähren; dies ist auch der Maßstab für Entscheidungen für oder gegen Regierungsbeteiligungen. Deswegen begrüßen wir es, dass die rot-rote Koalition in Berlin fortgesetzt werden kann. Ob in Regierung oder Opposition – immer sind politische Mehrheiten notwendig, um eigene politische Ziele zu erreichen. Politische Mehrheiten in Gesellschaft und Parlament. Denn Veränderungen werden erst wirksam, wenn im politischen Raum Entscheidungen herbeigeführt, gefällt und schließlich mit gesellschaftlicher Akzeptanz durchgesetzt werden.

Dabei befindet sich die Linke immer in einem Spannungsverhältnis zwischen ihrer grundlegenden Kritik am kapitalistischen System und dem An-

spruch, praktische Veränderungen im Interesse der hier lebenden Menschen zu erreichen. Um glaubwürdig zu sein, muss sich die Linke diesem Spannungsverhältnis stellen. Glaubwürdigkeit gewinnt sie durch Vorschläge und Programme, die im gegebenen Rahmen politisch umsetzbar sind und für die sie bereit ist, politische Verantwortung zu übernehmen. Dafür sind Kompromisse ein notwendiges Mittel. Das wird in Regierungsverantwortung besonders sichtbar, gilt aber für eine gesellschaftliche verankerte Oppositionspolitik ebenso.

Linke Politik steht für gleiche Lebenschancen aller – und das verlangt, die eigenen Schwerpunkte und Vorschläge immer daran zu überprüfen, wie sie gerade denen helfen, die am weitesten von diesen gleichen Chancen entfernt sind. Dies gelingt nicht, wenn Politikerinnen und Politiker nur unter sich sind. Es reicht auch nicht, wenn Parteimitglieder unter sich bleiben. Notwendig ist eine kontinuierliche, intensive und nachhaltige Kooperation auch unserer Fraktionen mit Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Initiativen, mit Kirchen, mit engagierten Einwohnerinnen und Einwohnern.

Für die Fraktionsvorsitzenden-Konferenz steht im Zentrum ihrer politischen Verständigung und Abstimmung, wie und auf welchen Gebieten Veränderungen zum Besseren, Veränderungen für die Menschen erreicht werden können. Deshalb unterstützt die Fraktionsvorsitzendenkonferenz die politischen Schwerpunktprojekte der Berliner Linkspartei:

- Gute Bildung für alle:
 - Einstieg in die Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild. Längeres gemeinsames Lernen und perspektivisch die Überwindung des gegliederten Schulsystems.
 - Anspruch auf Kita für alle Kinder – Kita mit Bildungsauftrag.
 - Keine Hochschulgebühren.
- Einstieg in die öffentlich geförderte Beschäftigung:
 - Schaffung von existenzsichernden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen durch Bündelung von Mitteln für SGB-II-Leistungen
 - Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik.
- Erhalt der Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge in der öffentlichen Hand.
- Einführung von Sozialpässen bzw. Sozialtickets.

■ Bekämpfung des Rechtsextremismus und Stärkung der Zivilgesellschaft.

Deutschland wird zudem noch längere Zeit durch eine regional gespaltene Entwicklungsdynamik mit einer Vielzahl von räumlichen Problemkonstellationen geprägt sein, die regional und örtlich angepasste Entwicklungsstrategien erfordern. In der Linkspartei. PDS ist angesichts dessen in den vergangenen Jahren der politische Stellenwert länderspezifischer Entwicklungskonzepte mit einem Zeithorizont bis etwa 2020 gewachsen. Diesen Trend wollen wir verstärken, auf alle Länder mit Linksfraktionen in den Landesparlamenten ausweiten und die Konzepte miteinander verknüpfen.

Wirksame linke Politik braucht einen langen Atem und eine Perspektive über eine Legislaturperiode hinaus. Dem werden wir uns stellen.

Dessau, 16. Februar 2007

Die Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE sind im Internet unter <http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung> und www.w-asg.de veröffentlicht. Die Brandenburg spezifischen Dokumente stehen unter www.dielinke-brandenburg.de/partei/parteibildung.

Zeitleiste

24. und 25. März 2007: Parallel stattfindende Bundesparteitage in beiden Parteien zur Beschlussfassung der Gründungsdokumente in Dortmund

30. März 2007 bis 18. Mai 2007: Urabstimmung in beiden Parteien

15. Juni 2007: Parallel tagende Bundesparteitage von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin

16. Juni 2007: Gründungsparteitag der neuen Linkspartei in Berlin

8. September 2007: Gründungsparteitag des Landesverbandes der Partei DIE LINKE Brandenburg, Beschluss der Landessatzung, Landesfinanzordnung und Wahl des Landesvorstandes

Oktober/November 2007: Kreisparteitage zur Gründung neuer Kreisorganisationen und Neuwahl der Kreisvorstände

Januar 2008: Erster ordentlicher Landesparteitag der Partei DIE LINKE Brandenburg

Aufruf zum internationalen G8-Alternativkongress in Rostock vom 5. bis 7. Juni 2007

G8 2007 – Es gibt Alternativen

Der Gipfel der acht reichsten und mächtigsten Staaten der Welt findet 2007 in Heiligendamm bei Rostock statt. Die Politik der G8 stößt seit langem weltweit auf Kritik und Protest. Auch beim Gipfel 2007 wird dies in vielfältigen Formen sichtbar werden. Ein wichtiges Element ist dabei der Alternativgipfel vom 5. bis 7. Juni in Rostock. Dazu laden wir alle ein, die Alternativen wollen.

Obwohl die Staats- und Regierungschefs der G8 nur 13 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren, behandeln sie Fragen der Weltwirtschaft, von Entwicklung, Umwelt, Krieg und Frieden und andere Probleme, die die gesamte Menschheit betreffen. Dabei haben sie vor allem ihre eigenen, oft an kurzfristigen nationalen Zielen ausgerichteten Interessen im Blick. Das soll auch 2007 wieder so sein. Die Bundesregierung hat das Thema „Investitionssicherheit“ zum eigentlichen Leitmotiv des Gipfels erklärt.

Diese Art der Globalisierung bringt viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervor.

Zu den Verlierern gehört die soziale Gerechtigkeit. Weltweit nehmen Armut und soziale Polarisierung zu. Während die Zahl der Hungernden in den letzten zehn Jahren von 840 Millionen Menschen auf 854 Millionen gestiegen ist, hat die winzige Gruppe von Millionären und Superreichen ihr Kapitalvermögen von 16 Billionen Dollar auf 33 Billionen verdoppelt. Profiteure der Globalisierung sind auch „Global Player“ – wie institutionelle Anleger oder transnationale Konzerne. Gleichzeitig nehmen selbst in den meisten Industrieländern Armut und soziale Unsicherheit zu.

Zu den Verlierern gehört auch die Umwelt. Die herrschende Wirtschafts- und Lebensweise führt in die Klimakatastrophe, vernichtet die Artenvielfalt und plündert die natürlichen Ressourcen des Planeten. So werden die

Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört. Die an grenzenlosem Wachstum und unregulierter Dynamik des Marktes orientierte Politik der G8 verschärft die globalen Umweltprobleme.

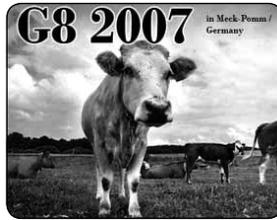
Zu den Verlierern gehören auch Frieden und internationale Sicherheit. Die Ursachen für Konflikte nehmen zu. Dies befördert Nationalismus, Rassismus, Fundamentalismus, Gewalt, Terror und Krieg. Doch anstatt weit-sichtiger Konfliktprävention erleben wir eine zunehmende Militarisierung der internationalen Politik. G8-Staaten führen auch Krieg oder sind an bewaffneten Konflikten beteiligt.

Unter den Verlierern sind Frauen wiederum in besonderem Maße betroffen. Millionen von Menschen werden durch unerträgliche Lebensbedingungen zur Migration und Flucht gezwungen. Gleichzeitig wird die Abschottung gegen Migration überall verstärkt.

So kann es nicht weiter gehen. Globalisierung im Interesse der Mehrheit der Menschen geht anders.

Wir wollen eine demokratische Globalisierung von unten. Eine Globalisierung von Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. Wir wollen faire Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Wir wollen eine solidarische Ökonomie. Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Wir wollen einen verantwortungsbewussten und zukunftsfähigen Umgang mit unserer Umwelt. Wir treten ein für Friedfertigkeit und politische Konfliktlösungen.

Es gibt Alternativen zur Politik der G8. Wir wollen sie der Öffentlichkeit präsentieren. Wir wollen uns untereinander aber auch über offene Fragen austauschen und gemeinsam an deren Beantwortung arbeiten.



Der Alternativgipfel findet statt vom 5. Juni (17 Uhr) bis 7. Juni (13 Uhr). Darüber hinaus gibt es mehrere Satellitenveranstaltungen zu spezifischen Themen. Interessierte Organisationen, Netzwerke und Einzelpersonen haben die Möglichkeit, Workshops im Rahmen des G8-Alternativgipfels anzubieten.

Kontakt: workshops@G8-Alternative-Summit.org, Tel. (030) 2804 18 11

Initiatoren: Aktionsbündnis AIDS, Aktionsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (ABL), Attac Deutschland, BDKJ, BUND, Bund demokratischer WissenschaftlerInnen, Deutscher Naturschutzring (DNR), Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Eine Welt Landesnetzwerk MV, Erlassjahr.de, FLAN, Forum Umwelt und Entwicklung, Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fsz), Gerechtigkeit jetzt!, Greenpeace, Heinrich Böll Stiftung, IG Metall, Inkota, Interventionistische Linke, IPPNW, Landesflüchtlingsrat MV, Leipziger Missionswerk, Medico international, Netzwerk Friedenskoo-

peration, Netzwerk Grundeinkommen, Ökumenische Initiative eine Welt, Oxfam, Pro Asyl, Rosa Luxemburg Stiftung, Stiftung Nord-Süd Brücken, Terres des Femmes, Urgerwald, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), WEED. International: Action Aid, FOE Europe, Focus on the Global South, Via Campesina www.g8-alternative-summit.org

Die wichtigsten G8-Termine

- 15. März G8-Umweltministertreffen in Potsdam
- 26. März G8-Entwicklungsministertreffen in Berlin
- 18. Mai G8-Finanzministertreffen in Schwielowsee
- 23. Mai G8-Justiz- und Innenministertreffen in München
- 30. Mai G8-Außenministertreffen in Potsdam
- 6–8. Juni G8-Gipfel in Heiligendamm

Anti-G8-Bündnis in Potsdam gegründet

Potsdamer Initiativen und Gruppen rufen zu Protesten am 17. März auf

Bereits seit einigen Wochen diskutiert und plant ein Bündnis verschiedener Potsdamer Initiativen und Gruppen den Protest zu den anstehenden drei Ministertreffen der G8 in Potsdam. Holger Zschoge, Sprecher des Bündnisses über dessen Ziel: „Wir wollen die Fachministertreffen dazu nutzen, unsere Sicht auf die von den G8 vertretene Weltordnung deutlich zu machen.“ Gemeinsam will das Bündnis dazu aufzurufen, sich in den kommenden Monaten für eine andere Welt zu engagieren.

In der gemeinsamen Erklärung der Potsdamer Initiativen heißt es unter anderem: Die Folgen der kapitalistischen Globalisierung sind inzwischen überall spürbar und bergen zunehmend die Gefahr der Zerstörung der

Grundlage menschlichen Lebens. Entscheidende Ursache für Armut, Hunger, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit etc. sind gesellschaftliche Strukturen wie Profitorientierung, Besitz- und Ausbeutungsverhältnisse sowie die Verwertungsbedingungen von Kapital.

Menschen, Staaten und Organisationen stehen symbolhaft für diese Strukturen.

Eine andere Globalisierung, eine andere Weltordnung beginnt mit Widerstand gegen die Symbole und Träger der Strukturen.

Wirkliche Veränderungen bedürfen mehr: Konzepte und Ideen, neue Eigentums- und Verwertungsbedingungen, neue Lebens- und Arbeitsformen.

Solche Dinge entstehen und verbreiten sich nur, wenn sich viele Menschen mit den aktuellen Strukturen auseinandersetzen und Einsicht in ihre Bedingungen gewinnen.

Deshalb macht jede Form von Widerstand, Öffentlichkeit und Diskussion über das Treffen der G8 als Symbole und Träger der kapitalistischen Weltordnung Gewinn!

Demonstration anlässlich der G8-Umweltminister-Tagung

Vom 15. bis 17. März 2007 findet in Potsdam ein Treffen der G8-Umweltminister statt. Hierzu ruft das Bündnis zu einer satirischen Demonstration auf. „Es ist ein makaberer Scherz, dass ausgerechnet die Repräsentanten der Staaten, welche die Hauptverantwortung für die Zerstörung der Umwelt tragen, über halbherzige Maßnahmen zu deren Erhalt reden wollen.“ begründet Holger Zschoge die Idee zu der Aktion. Für das Anti-G8-Bündnis macht es deshalb Sinn, ihnen auf satirische Weise den Spiegel vor die Nase zu halten.

Scherzhafte „Jubeldemo“ unter dem Motto: „Gemeinsam die Welt zerstören, den G8 unter die Arme greifen!“

Sie findet am Samstag, 17. März 2007 statt, beginnt 14 Uhr am Platz der Einheit und endet vor dem Eingang zum Schloss Cecilienhof.

Der Sprecher des Bündnisses ironisch: „Wir wollen unsere uneingeschränkte Solidarität für die Umweltpolitik der G8 bekunden!“ Im gemeinsamen Aufruf heißt es deshalb:

„Lassen Sie sich nicht von Ihrem Weg abbringen. Es sind nur wenige Spinner, die Ihnen vorwerfen für Klimawandel, Atom Müll und Ressourcenverschwendung verantwortlich zu sein. Sie haben schon soviel hinbekommen: die Meere leergefischt, Urwälder in Viehweiden verwandelt, Landschaften zube-

toniert. Gemeinsam schaffen wir auch den Rest! Dabei helfen wir gern: Wir könnten Atommülltransporte vor den Chaoten beschützen, mehr Fleisch essen, giftige Abfälle in Flüsse kippen.

Deshalb rufen wir Ihnen zu: Weiter so! Nur noch ein paar Jahre Ausbeutung von Mensch und Natur, nur noch ein paar Jahre alles den Interessen von Kapital und Profit unterordnen, dann haben Sie es geschafft!“

Das Bündnis kündigt weitere Veranstaltungen und Proteste im April und Mai an. Außerdem betreibt sie für diese Zeit eine gemeinsame Internetplattform. Diese ist erreichbar unter: www.anti-g8-buendnis-potsdam.de.tc

Info: Holger Zschoge, (01 72) 3 94 05 83, info@anti-g8-buendnis-potsdam.de.tc

Brandenburg Spitzenreiter bei Agro-Gentechnik

Es sind noch einige Monate, bis der Mais im Mai wieder ausgesät werden kann. Mais mag es warm, die Pflanze kommt aus Mittelamerika. Wenn sich allerdings ein landwirtschaftlicher Betrieb dazu entschließt, keinen normalen, sondern einen gentechnisch veränderten Mais anzubauen, dann muss das schon drei Monate vorher gemeldet werden.

Bereits Anfang Februar waren bundesweit etwa 3 500 Hektar transgenen Mais zum Anbau angemeldet. Ein (noch) öffentliches Standortregister kann von jedem im Internet eingesehen werden (www.standortregister.de). 2 000 Hektar dieser angemeldeten Gen-Mais-Flächen liegen im Land Brandenburg. Es handelt sich in der Regel um eine Pflanze des US-Multis Monsanto.

Diese Pflanze besitzt die Eigenschaft sich gegen einen Schädling (den Maiszünsler) dadurch zur Wehr zu setzen, dass sie einen für den Fraßfeind giftigen Wirkstoff herstellt. Diese Fähigkeit wurde mit Hilfe der Agro-Gentechnik hervorgerufen, denn das dazu benötigte Gen stammt nicht von einer Kreuzung aus einer anderen Maispflanze, sondern aus einem Bakterium (*Bacillus thuringiensis*). Wie in jedem Biologieunterricht vermittelt wird, könnten sich eine Maispflanze und ein Bakterium niemals von alleine kreuzen und somit Erbinformationen austauschen. Der Vorgang ist absolut unnatürlich und hat mit klassischer Pflanzenzüchtung nichts gemein.

Der Maiszünsler kommt in Deutschland auf etwa 350 000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche vor. Er wird fast überall chemisch (durch Pflanzenschutzmittel), mechanisch (durch Pflügen) oder biologisch (durch natürliche Fressfeinde) bekämpft. Nur in ganz wenigen Ausnahmefällen greifen die Landwirtinnen und Landwirte zum gentechnisch veränderten Mais. Eigentlich wäre das gar nicht notwendig, wenn man sich die drei anderen Möglichkeiten genauer anschaut. Oftmals wird bei der Entscheidung für den gentechnisch veränderten Mais einfach nur aufs Geld geschaut. Wer Pflügen will, muss Diesel und einen Arbeiter bezahlen. Wer gv-

Mais aussät, kann sich beides sparen. Wollen wir das?

Die Agro-Gentechnik ist eine Risikotechnologie, die schon alleine auf Grund einer Risiko-Nutzen-Abwägung ablehnenswert wäre. Sie wird weiterhin eigentlich gar nicht gebraucht, die Brandenburger Betriebe haben andere Möglichkeiten mit dem Maiszünsler zu Recht zu kommen. Dabei müssen wir ihnen helfen. Nicht durch Konfrontation, sondern durch das Gespräch. Die Mitglieder der LAG Umwelt bieten ihre Unterstützung bei Veranstaltungen und Gesprächen über die Agro-Gentechnik bzw. mit den interessierten Bäuerinnen und Bauern an.

Christian Rehmer, Sprecher der LAG Umwelt Brandenburg, Christian.Rehmer@web.de

60 Jahre Auflösung Preußens: die Pickelhaube begraben lassen.

„Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern,“ erließ der Alliierte Kontrollrat am 25. Februar 1946 in Berlin das Gesetz zur Auflösung des Staates Preußen, da dieser „seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist“. Preußen als Hort der Reaktion – dieser Analyse wird durch die einseitige Betonung anderer Aspekte, die besser in das neukonservative Bild eines tugengeleiteten, sittlichen Staates passen, bis heute widersprochen. Nach wie vor werden von verschiedenen Seiten an Stelle einer deutlichen Abgrenzung immer wieder ganz bewusst Traditionslinien herzustellen versucht, die kritische Punkte ganz bewusst unter den Tisch fallen lassen und sich selektiv auf „rechtsstaatliche Traditionen“ oder die vermeintlich starke Gewichtung aufklärerischen Gedankenguts.

„Eine solche Verklärung Preußens ist nicht nur historisch falsch, sondern auch politisch gefährlich.“ erklärte hierzu gestern Daniel Poensgen, Mitglied im Landesvorstand von [solid] Brandenburg. „Nur weil einzelne Könige der preußischen Ahnenreihe womöglich weniger reaktionär auftraten als andere Monarchen ihrer Zeit, kann von einem generell fortschrittlichen Wesen noch lange nicht die Rede sein. Als sozialistischer Jugendverband nehmen wir den Jahrestag des Datums zum Anlass, uns gegen diese beständigen Umdeutungsversuche von rechts zu wehren. Preußen steht nicht für Toleranz und die mit ihm in Verbindung gebrachten Tugenden wie Pflichterfüllung, Disziplin und Gehorsam waren seit jeher verknüpft mit Obrigkeitshörigkeit, aggressivem Militarismus und der Unterdrückung emanzipatorischer Bestrebungen. Keine Werte, auf die wir uns zurückbesinnen sollten.“

Die oft gerühmte Toleranz des preußischen Staates, zurückgehend auf ein Edikt aus dem 17. Jahrhundert und von Preußenbegeisterten immer wieder gern betont, fand ihre Grenzen stets dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger des Landes für mehr Freiheiten eintraten: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten.“ ließ Friedrich Wilhelm IV von Preußen 1848 verlauten, nachdem seine Truppen auf den Barrikaden Berlins 187 Revolutionäre erschossen hatten, die für eine liberale Verfassung eintraten. Die meisten preußischen Wahrzeichen stammen aus der Zeit der darauffolgende Restauration und der Wiederherstellung der alten Verhältnisse. Spießrutenlauf für die Demokratie.

Hitler ohne Preußen nicht denkbar

Der Geist Preußens umwehte später nicht nur den Deutschen Kaiser, als dieser den Ersten Weltkrieg entfesselte, oder die rechten Freikorps, die zur Wahrung von Ruhe und Ordnung einige Jahre später Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordeten.

Nicht zufällig wählte auch Adolf Hitler für die Inszenierung des Schulterschlusses seiner faschistischen Hakenkreuzbewegung mit den monarchistisch-deutschnationalen Kreisen im März 1933 die Potsdamer Garnisonkirche. Mit der symbolträchtigen Eröffnung des neuen Reichstages in der Grabstätte der preußischen Könige feierte die NSDAP „die Vermählung des alten Preußen mit dem jungen Deutschland“. Weder Preußens Bescheidenheit noch seine vermeintliche Sittlichkeit konnten daran etwas ändern, dass die Konservativen im Reichstag zwei Tage später dem Ermächtigungsgesetz zustimmten.

Hitler selbst wurde Reichsstatthalter Preußens, Hermann Göring amtierte als Ministerpräsident. Die Garnisonkirche wurde im Krieg schwer zerstört, ihre Ruinen 1968 gesprengt. Eine so genannte Traditionsge-

meinschaft Potsdamer Glockenspiel – derart reaktionär, dass selbst Jörg Schönbohm den Verein verließ – hält die preußische Fahne hoch und sammelte in den vergangenen Jahren 6,7 Millionen Euro für einen originalgetreuen Wiederaufbau. Weil die evangelische Kirche auf einem Nutzungskonzept als Versöhnungszentrum besteht, zog sich die TPG zurück, seither fließen die Gelder nur noch spärlich. Ohnehin gibt es am nahe gelegenen Alten Markt ein deutlich salonfähigeres Nachbauprojekt für Preußenfreundinnen und -freunde: eine Stadtschlosskopie soll her. Als der Beschluss der Stadtverordneten hierfür nicht zu Stande kam, wurde kurzerhand eine BürgerInnenbefragung über einen Landtags-

neubau initiiert, bei der die Menschen nur darüber abstimmen durften, *wo* ein Neubau hin solle, der Verzicht auf ein so kostspieliges Unterfangens jedoch überhaupt nicht zur Debatte stand.

„Potsdam hat weder einen Mangel an preußischen Schlössern noch gibt es den Bedarf an einer weiteren Kirche. Wer Lust auf Preußen hat, soll ins Museum gehen oder sich ein Buch ausleihen.“ erklärte Poensgen abschließend. „Wir können und wollen mit den alten und neuen Preußen keinen Frieden machen und werden den Wiederbelebungsversuchen auch weiterhin entschieden entgegnetreten.“

[solid] Brandenburg

Die Linkspartei.PDS unterstützt die Proteste gegen die Rente mit 67

Renteneintrittsalter mit 67 heißt klar und deutlich: Rentenkürzung

Das Renteneintrittsalter auf 67 heraufzusetzen ist nicht nur unsozial, sondern auch wirklichkeitsfremd. Nichts zeigt besser, wie weit sich die Abgeordneten der herrschenden Parteien von der sozialen Realität entfernt haben. Obwohl die Rente mit 67 noch keine Realität ist, denkt Bundeswirtschaftsminister Glos heute schon laut über eine weitere Anhebung des Rentenalters nach.

Bei der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit und den bestehenden Arbeitsbedingungen ist eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre unterm Strich nichts weiter als eine Rentenkürzung. Wer früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden will, muss mit Abschlägen von 0,3 Prozent je Monat rechnen. Das heißt 7,2 Prozent weniger Rente für jemanden, der mit 65 in den Ruhestand gehen will oder muss. Denn das entscheidende Problem ist nach wie vor, dass die meisten Älteren entwe-

der arbeitslos oder berufsunfähig sind. Deutschland hat in der EU die niedrigste Beschäftigungsquote für ältere Beschäftigte – und dies vor allem auf Grund inhumaner Arbeitsbedingungen.

Renteneintrittsalter flexibilisieren

Unter diesen Bedingungen hilft keine schematische Verlängerung der Lebensarbeitszeit, sondern eine Flexibilisierung des Eintrittsalters. Gleichzeitig sollten Versicherte mit mindestens 40 Beitragsjahren in jedem Fall einen vollen Rentenanspruch erhalten. Schließlich können die finanziellen Mehrbelastungen der Rententräger besser durch eine Ausweitung der Versicherungspflicht, als durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ausgeglichen werden.

Harald Werner, gewerkschaftspolitische Sprecher der Linkspartei.PDS



Atomwaffen weltweit abschaffen – bei uns anfangen! Bundeswehreinsätze im Ausland beenden! Abrüstung statt Sozialabbau!

Atomwaffen abschaffen – Gegen die Lagerung von A-Waffen auf deutschem Boden

Statt die Atomwaffen endlich weltweit abzuschaffen, sind die Arsenale – so auch die Lager der US-Armee im Hunsrück – mit ihnen gefüllt und es werden immer noch neue Typen erforscht. Gleichzeitig streben immer mehr Staaten nach Atomwaffen, um nicht militärisch angegriffen zu werden. Damit wächst die Gefahr des Einsatzes dieser Waffen, statt den Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag nachzukommen.

Für Deutschland als weltweit geachtete Friedensmacht – Gegen die Beteiligung der Bundesrepublik an Angriffskriegen

Deutschland ist nicht nur eine logistische Drehscheibe der weltweiten von den USA geführten Kriege. Durch die US-Militärbasen (Ramstein u.a.) und die Kommandozentralen für die NATO (Geltow) einschließlich des Missbrauches des Flughafens Leipzig für Truppentransporte ist es direkt an dieser Kriegspolitik beteiligt. Deutsche Truppen als Besatzer (z.B. Afghanistan, Kosovo), geheime KSK-Aktionen und aktive Kampfeinsätze sind schon jetzt Realität.



Für eine Weltfriedensordnung – Gegen die neuen Weltordnungskriege

Seit mehr als fünf Jahren findet unter offizieller Führung der US-Regierung ein „Krieg gegen den Terror“ statt. Die Begründungen für die damit verbundenen Kriege gegen Afghanistan und Irak waren und sind vorgeschoben. Ziel war nicht die Demokratisierung der betroffenen Länder. Ziel war vielmehr die Beherrschung strategisch und wirtschaftlich bedeutender Regionen. Das Ergebnis ist die Barbarisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse mit täglichem Leiden der Bevölkerungen. Gegen Staaten, die sich nicht der neoliberalen Globalisierung unterwerfen, wird ein permanenter Krieg geführt. Durch Druck auf die UNO, mit Hilfe der G-8-Gipfel und anderer formeller und informeller Treffen wird versucht, diese Strategie durchzusetzen. Mit Hilfe der UNO-Reformen sollen völkerrechtswidrige Angriffskriege legitimiert werden.

Für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung im Interesse der Menschen, die in diesem Lande leben – Gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und eine Hartz-Gesellschaft

Gegen die breite Ablehnung der Bevölkerung in Deutschland für Kriegseinsätze strebt die Regierung eine umfas-

sende Kriegsteilnahme in allen Regionen der Welt an. Im „Weißbuch der Bundeswehr 2006“ hat sich die Bundesregierung bereits verpflichtet, den „ungehinderten Warenaustausch“ und die Sicherung der „Rohstoffzufuhr“ weltweit militärisch durchzusetzen und die Bundeswehr entsprechend aufzurüsten.

Die militärische Hochrüstung geht einher mit sozialer „Abrüstung“ (Lohndumping, soziale Ausgrenzung immer größerer Teile der Bevölkerung, massiver Abbau von Sozialleistungen und Demokratie, einschließlich gewerkschaftlicher Grundrechte).

Für aktive Demokratie, die von Allen gestaltet wird – Gegen Abbau von Demokratie und unkontrollierbare und unkontrollierte Geheimdienste

Systematisch geschürte Islamophobie und Antiterror-Hysterie gehen Hand in Hand mit Einschränkungen durch die Beschneidung fast aller demokratischer Grundrechte.

Die angestrebte vollständige Überwachung des Internets und Telefons, die Erfassung des genetischen Fingerabdrucks verbunden mit der Kriminalisierung bloßen Denkens, bei gleichzeitiger Abschaffung eines ernsthaften Rechtsschutzes dient der Unterbindung sozialen Widerstandes.

Mit der Verbreitung der Ideologie angeblicher „nationaler“ Unterschiede wird nicht nur eine Herausbildung von „Parallelgesellschaften“ gefördert. Sie dienen der Begründung noch umfangreicherer Repressionsmaßnahmen.

Dadurch wird auch die Wahrnehmung der sozialen Spaltung der Gesellschaft und die Ausgrenzung weiterer Teile verdrängt.

Es gibt eine geschichtliche und menschenrechtliche Verantwortung, sich diesen Tendenzen zu einer antidemokratischen, die Zivilisation verneinenden und vernichtenden Entwicklung entgegenzustellen!

Tun wir dies!

Ostermärsche 2007 in Berlin und Brandenburg

■ Sonntag, 1. April, 14 Uhr
Potsdam

Potsdamer Ostermarsch 2007 „Kriegseinsätze sind Teil des Problems und nicht die Lösung!“

Auftakt: Brandenburger Tor, danach Demo durch die Innenstadt, Abschluss: Denkmal für den unbekannten Deserteur, Platz der Einheit
Veranstalter: Friedenskoordination Potsdam, Kontakt: Potsdamer Friedenskoordination, Postfach 600535, 14405 Potsdam, mkx-potsdam@t-online.de, <http://www.friedenskoordination-potsdam.de>

■ Sonntag, 8. April, 14 Uhr
Fretzdorf

15. Osterwanderung zur zivilen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide

Auftakt: Kirche in Fretzdorf, Redner u.a. Eugen Drewermann (Theologe, Paderborn), danach Demo auf dem Platz mit „happening“, Veranstalter: Bürgerinitiative FREIE HEIDE, Kontakt: BI FREIE HEIDE, Benedikt Schirge, Dorfstr. 27, 16831 Zühlen, Tel. (03 39 31) 23 38, Fax (03 39 31) 34 92 71, info@freieheide.de, <http://www.frieheide.de>

■ Montag, 9. April, 12 Uhr
Berlin

Berliner Ostermarsch 2007 „Atomwaffen weltweit abschaffen – bei uns anfangen! Bundeswehreinsätze im Ausland beenden! Abrüstung statt Sozialabbau!“

Auftakt: Unter den Linden/Niederstädtische Kirchstr., danach Demo durch Stadt, Abschluss: 14 Uhr vor Babylon, R.-Luxemburg-Str. 30
Veranstalter: Friedenskoordination Berlin, Kontakt: Friedenskoordination Berlin, Laura v. Wimmersperg, Hauptstr. 37, 10827 Berlin, frikomail@freenet.de, <http://www.friko-berlin.de>

Warum es in der BRD nach wie vor zwei Regierungssitze gibt

Das Berlin/Bonn-Gesetz muß weg!

Anfang November vergangenen Jahres stellte die Bundestagsfraktion DIE LINKE. den Antrag für ein „Beendigungsgesetz zum Berlin/Bonn-Gesetz“. (Er wurde inzwischen an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.)

Mit dieser Initiative wird ein Problem aufgegriffen, das in der Öffentlichkeit kaum noch Beachtung findet: Die Bundesregierung verfügt über zwei Standorte: Berlin und Bonn. Alle vierzehn Ministerien sowie das Bundeskanzleramt und das Bundespresseamt sind geteilt. In Berlin befinden sich 46 Prozent der Regierungsstellen, in Bonn dagegen 54 Prozent. In absoluten Zahlen: 8 766 Planstellen in Berlin, 10 000 in Bonn. Um die Arbeitsabläufe in den Ministerien zu sichern, finden trotz so genannter Schaltkonferenzen immer noch

5 500 Pendelflüge im Monat statt. DIE LINKE. fordert deshalb, mit dem vollständigen Umzug des Bundeskanzleramtes nach Berlin bis 2009 die Beendigung des gegenwärtigen Zustandes einzuleiten, bis 2012 alle Ministerien in Berlin zusammenzuführen und die gesetzlichen Grundlagen der Teilung aufzuheben. Zwei Regierungssitze sind – von Kriegszeiten abgesehen – auch im internationalen Vergleich einmalig. In der BRD wurden sie 1994 in einem Gesetz festgeschrieben. Es trägt den irreführenden Namen „Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (Berlin/Bonn-Gesetz)“. Dieses Gesetz und der vorausgehende Beschluss stellen einen einzigen Skandal dar. Am 20. Juni 1991 sollten die Abgeordneten darüber entscheiden, ob Bundestag und Bundesregierung nach Berlin umziehen oder in Bonn bleiben. Bereits das war skandalös, gab es dazu doch schon

seit 1949 einen Beschluss des Bundestages. So lange zwei deutsche Staaten existierten, war es für die im Bundestag vertretenen Parteien eine Selbstverständlichkeit, dass Berlin nicht nur Hauptstadt, sondern auch Sitz von Parlament und Regierung sein sollte, sobald die politischen Voraussetzungen dafür gegeben wären. In ungezählten Erklärungen wurde dieser Standpunkt immer wieder beschworen und im kalten Krieg zu provokatorischen Veranstaltungen von Bundestag und Bundesversammlung in Westberlin missbraucht.

Doch viele Politiker wollten 1990 von diesen Beteuerungen nichts mehr wissen. Ein „Sinneswandel“ vollzog sich. Auslöser war die neue Situation, die sich mit dem Sieg der Konterrevolution herausgebildet hatte. Das politische, wirtschaftliche und soziale Kräfteverhältnis veränderte sich, das nach 1949 entstandene instabile Gleichgewicht zwischen Bund und Ländern wie zwischen den Ländern selbst geriet ins Wanken. Der Konkurrenzkampf um das Erbe der DDR entbrannte. Die westdeutschen Bundesländer wollten ihre Besitzstände wahren und neue erobern.

Das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Bundesland Nordrhein-Westfalen, bangte um die Attraktivität seiner Region Bonn, wenn es zum Umzug käme. Es hatte genügend Probleme mit der Steinkohle. (Die Förderkosten sind dreimal so hoch wie der Preis für Importkohle. Ohne staatliche Absatzhilfe – 2 Mrd. Euro jährlich – ist die Steinkohle unverkäuflich.) Das Klassenkräfteverhältnis war aus Bonner Sicht unwägbare. Man argwöhnte, dass sich soziale Spannungen in Berlin mit seinem DDR-Umfeld ganz anders auswirken würden als im vertrauten und ver-

traumten Städtchen am Rhein. Ein Bonner brachte diese Geisteshaltung auf den Punkt: „Vierzig Jahre hatten wir Ruhe.“

Die Bonn-Befürworter wollten ihre scheinbar sichere Heimstatt nicht verlassen und piffen auf alte Bundestagsbeschlüsse. Die Berlin-Befürworter sahen die Situation nicht anders. Ihre Beschlusstreue war auch nicht viel wert, wie sich bald zeigen sollte. Sie unterschieden sich durch ihren vorrangig strategischen Blick. Die „Berliner“ hatten bereits die neue Rolle der BRD in Europa und der Welt vor Augen. Diese konnte nicht mehr aus einem Provinzstandort konzipiert und umgesetzt werden. Die Spaltung in Berlin- oder Bonn-Befürworter ging quer durch Parteien und Fraktionen.

Zu Beginn der Bundestagssitzung am 20. Juni 1991 war der Ausgang völlig ungewiss. Nach 107 Redebeiträgen entschieden sich 338 Abgeordnete für den Berlin-Antrag, 320 für den Bonn-Antrag. Dieses knappe Ergebnis sicherten die Abgeordneten aus den östlichen Bundesländern und aus Berlin. Denn nur 42,4 Prozent der Abgeordneten aus dem Westen hatten für Berlin gestimmt, aber 81,1 Prozent der aus dem Osten. Dabei war der Berlin-Beschluss nur eine halbe Sache. Der Bundestag sollte nach Berlin, der Bundesrat aber in Bonn bleiben. Für das Kabinett waren in Berlin nur „Kernbereiche“ seiner Regierungsfunktion ins Auge gefasst. Von einer „fairen Arbeitsteilung“ zwischen Berlin und Bonn war die Rede. Bonn sollte Verwaltungszentrum bleiben und großzügige Unterstützung erhalten.

Trotz der Halbheiten und der angekündigten Hilfsleistungen im Berlin-Beschluss waren die Bonn-Befürworter unzufrieden. Sie wollten mehr und forderten, dass für Bonn ein Sonderstatus gesetzlich festgeschrieben wird. Es tauchte zum ersten Mal der Begriff „Bundesstadt Bonn“ auf. Außerdem verlangten sie für die Region Bonn ein spezielles Förderprogramm. Im Berlin/Bonn-Gesetz fand das seinen Niederschlag. Bonn bekam den in der BRD einmaligen Status einer Bundesstadt. Damit übernahm der Bund die Verpflichtung, bei allen Entscheidungen über die Errichtung

von Bundesinstitutionen Bonn vorrangig zu berücksichtigen. Die Region erhielt bisher 1,43 Mrd. Fördermittel. Unmittelbar unterstützt wurden 90 Projekte und 210 Einzelmaßnahmen. Es entstanden 2 000 Arbeitsplätze. Durch mittelbare Leistungen wurde die Ansiedlung von 18 500 Arbeitsplätzen gesichert. Mehr als 20 Behörden mit 7 000 Stellen zogen von Berlin und Frankfurt a. M. nach Bonn. Es entstanden vier neue Fachhochschulen mit über 6 000 Studienplätzen. 12 UN-Organisationen mit 650 Mitarbeitern haben sich angesiedelt. Bonn ist der wichtigste UN-Standort in der BRD. Gegenwärtig hat die Stadt mehr Einwohner und Arbeitsplätze als vor Beginn des Umzugs.

Das Berlin/Bonn-Gesetz ist der Preis für einen Bundestagsbeschluss, der lediglich die Normalität der Einheit von Hauptstadt, Parlaments- und Regierungssitz in Aussicht stellte. Es ist ein Beispiel dafür, wie die Länder ihr Mitspracherecht auf Bundesebene ausbauen und damit ihre Möglichkeiten erweitern, für sie unliebsame Vorhaben zu blockieren. Der Anteil der Gesetze, die nur mit Zustimmung des Bundesrates erlassen werden können, betrug 1949 circa 10 Prozent, gegenwärtig sind es circa 60 Prozent. Es dauerte weitere zwölf Jahre, bis sich die Bundesländer bereit fanden, die oben genannte Normalität auch im Grundgesetz (Artikel 22) festzuschreiben. Das geschah erst, als Bonn nicht nur „entschädigt“ war, sondern auch die Koalitionsregierung definitiv die Zusage gegeben hatte, dass durch die Neufassung des Artikels 22 das Berlin/Bonn-Gesetz nicht berührt werde.

Kaum hatte DIE LINKE. ihren Antrag eingebracht, meldeten sich Anfang Dezember die Regierungschefs der fünf östlichen Bundesländer und Niedersachsens zu Wort. Sie verlangten auf einmal, den Bonner Regierungsapparat nach Berlin umziehen zu lassen. Doch ihre Absicht ist durchschaubar; denn an der gesetzlichen Grundlage der Zweiteilung rühren sie nicht. Das Problem zu lösen verlangt: Weg mit dem Berlin/Bonn-Gesetz!

Dr. Dieter Hillebrenner
aus „ROTfUCHS“, März 2007

Realitäten 2007

Regierungsstellen:
46 % in Berlin, 54 % in Bonn

Planstellen:
8 766 in Berlin, 10 000 in Bonn

5 500 Pendelflüge im Monat
zwischen Berlin und Bonn

Prag, wir kommen!

Der Rat der Parteivorsitzenden und der Vorstand der Partei der Europäischen Linken berieten in Berlin

Der Januar war „heiß“ wie lange nicht – das gilt sowohl für das Klima in Europa als auch für die Arbeit der Partei der Europäischen Linken (EL).

Zu der nun schon traditionell zu Beginn jedes Jahres in Berlin stattfindenden Tagung des Vorstandes der EL kam in diesem Januar der Rat der Vorsitzenden, das zweite Leitungsgremium der EL. Das bedeutete mehr Gäste, Übersetzung in sechs Sprachen und eine ganze Menge europäisch-linke Prominenz zu Gast in Berlin. Auch ein Fernsehteam eines großen öffentlich-rechtlichen Senders war zugegen, nur leider konnten sich die Verantwortlichen nicht dazu durchringen, tatsächlich etwas zu senden.

Das Jahr 2007 ist politisch hoch interessant, und die Europäische Linke hat im Rahmen der Berliner Tagung bedeutsame Papiere erarbeitet, die sich mit dem Irak, der Todesstrafe und der EL als Partei für Freiheits- und Grundrechte auseinandersetzen – Themen also, welche die medial erreichbare Öffentlichkeit durchaus interessieren.

Besonderes Augenmerk wurde auf die beiden Kerndokumente gelegt: auf die Einberufung des 2. Kongresses nach Prag (viertes Quartal 2007) und auf den Berliner Appell.

Nächste Meilensteine in Prag

Nach Athen (Oktober 2005) werden in Prag die nächsten Meilensteine für die Entwicklung gesetzt, was durchaus als Zeichen eines politischen Engagements der EL für Mittel- und Osteuropa zu werten ist. Der Kongress bleibt Prüfstein für die bisherige Entwicklung, schließlich soll die eingeschlagene Richtung von den Delegierten demokratisch bestätigt werden.

Gastgeber dieser wichtigen Tagung wird die tschechische Partei des Demokratischen Sozialismus (SDS) sein. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) hat ihre Unterstützung zugesagt.



Der Berliner Appell nennt die Europawahlen 2009 als mittelfristigen Orientierungspunkt für die weitere Entwicklung der Partei der Europäischen Linken und sieht den Kongress in der Verantwortung, weitere Pflöcke für einen gemeinsamen Antritt der Linken bei diesen Wahlen einzuschlagen.

Das ist perspektivisch gesehen ein wichtiger Schritt, zumal die Regierenden darauf aus sind, die Rahmenbedingungen, unter denen sich die Linke bewegen, behaupten und durchsetzen muss, immer weiter zu verschlechtern. Konkrete Beispiele sind hier die stetige Zunahme real wirksamer Entscheidungen der G8, was nur als Brückierung der UNO verstanden werden kann, und die weitere Festlegung der Europäischen Integration auf das neoliberale Modell. So werden „Folterwerkzeuge“ wie eine Lissabon-II-Strategie im Wesentlichen auf Regierungskonferenzen beschlossen, bei denen die Linke das Nachsehen hat, selbst wenn sie, wie in Italien oder Zypern, in Regierungsverantwortung steht.

Ausweitung demokratischer Teilhabe jetzt!

Im Berliner Appell heißt es klipp und klar, dass die Zukunft Europas in erster Linie von der Ausweitung der demokratischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger abhängt. Deren „Europamüdigkeit“, die Vertrauenskrise zwischen Bürgern und Politik in Europa ist, so der Appell, im Wesentlichen auf die Politik des Neoliberalismus zurückzuführen. Dieser Gedanke ist auch ein Kernpunkt des von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine in die Diskussion gebrachten Memorandums „Für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Europäische Union“.

Oskar Lafontaine entwickelte in seinem Beitrag mit der gewohnten Verve einige Leitgedanken und machte so eine offene und elektrisierende Diskussion der Parteivorsitzenden zur Perspektive der Europäischen Integration möglich, an der sich auch Francis

Wurtz, Fraktionsführer der GUE/NGL im Europaparlament, beteiligte. Die Botschaft dieser Debatte lautet, dass sich die EL als eine politische Kraft sieht, die das politische Vakuum in Europa überwinden und die die Menschen ermutigen will, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Sie arbeitet immer enger mit den globalisierungskritischen Bewegungen und der Zivilgesellschaft zusammen für ein friedliches, emanzipatorisches und soziales Europa.

Linke Politik – ökologisch und nachhaltig

Diese Aufzählung sollte man um das Adjektiv ökologisch erweitern: Die EL hat gerade in Berlin deutlich gemacht, dass eine ökologische und nachhaltige Politik wesentlicher Bestandteil linker Politik sein muss. Sie tut gut daran, denn sowohl der ungewöhnlich heftige Sturm als auch das viel zu milde Klima im Januar haben zur Schärfung des energie- und klimapolitischen Bewusstseins in der Gesellschaft beigetragen. Der gesellschaftlichen Mitte darf man dieses Feld nicht überlassen; wie an der als gescheitert zu betrachtenden Klimakonferenz von Nairobi oder an dem EU-Grünbuch Energiepolitik, das den Interessen der Strom- und Mineralölkonzerne folgt, abzulesen ist.

Das Wochenende vom 12. bis 14. Januar machte auch deutlich, in welcher Tradition die Linke und die EL stehen. Am Vormittag des 14. Januar war es unseren Gästen ein Bedürfnis, am Gedenken für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht teilzunehmen. Kein Platz im Bus blieb leer, und die Nelke war zu diesem Zeitpunkt jedermanns Lieblingsblume.

Am Rande des Sitzungsmarathons lud die Bundestagsfraktion DIE LINKE. die Parteivorsitzenden und die Mitglieder des Vorstands zu einem Treffen in den Brecht-Keller ein. Gastgeber Bodo Ramelow schlug gekonnt eine Brücke von den Ideen des großen Denkers zu den Visionen der Partei der Europäischen Linken. Gerade von Brecht kann man lernen, dass Visionen sich nur dann umsetzen lassen, wenn man die Mühen der Ebene nicht

scheut. Das bewies uns Lothar Bisky: Als die Kellner wegen der Enge im Lokal nicht mehr durchkamen, fasste er tatkräftig zu und demonstrierte damit, was in Vorbereitung auf den 2. EL-Kongress schon jetzt dringend nötig ist: Ärmel hochkrepeln.

Oliver Schröder, Mitarbeiter im Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der Linkspartei.PDS, aus „DISPUT“, 2/2007



Liebe Zeitungslernerinnen, liebe Zeitungslerner,
Werbezeitungen haben es zuweilen in sich und seit diesem Jahr der „Blickpunkt“ ganz besonders. Wir von der Linkspartei.PDS in LOS und Frankfurt (Oder) schalten dort jetzt monatlich eine Anzeigen-seite. Aufmerksame Leserinnen und Leser fanden im Januar unsere Gegenposition zur Rente mit 67 und im Februar zur Gesundheitsreform. Unser nächstes Leseangebot – „Dialog für ein Brandenburg der Regionen“ – finden Sie, findet Ihr wieder im „Blickpunkt“ am 24. März.

E-Paper lässt Fliegen am Leben

Seit Februar bietet die sozialistische Tageszeitung Neues Deutschland ein neues Abo an – eines für den heimischen Computer. Was verbirgt sich hinter dem Begriff E-Paper? Welche Vor- und Nachteile hat es? Darüber sprach Olaf Präger mit dem IT-Manager von ND, Ralf Ziplies.

Was ist das besondere an E-Paper.
Es ist die 1:1 Darstellung der Zeitung im Netz, als solche überall auf der Welt und jederzeit abrufbar.

Worin besteht der Unterschied zum PDF-Format, in dem auch viele Zeitungen im Umfeld der PDS im Internet erscheinen.

E-Paper ist nicht allein die Darstellung der Printausgabe. Es bietet viel mehr als das.

Technisch basiert das E-Paper auf XML-Daten. Die erlauben die Umsetzung der Zeitung ins HTML-Format, das vom Browser ausgelesen wird. Man hat die Möglichkeit, anhand eines logischen Menüs durch die Zeitung zu blättern, als habe man sie in der Hand. Der Abonnent kann einzelne Artikel, Bilder und ihre Unterschriften aufrufen, diese sich in einer Normal- wie auch in einer

Zeitungsansicht anzuschauen, kopieren, auszudrucken und einzeln digital archivieren. Man kann auch die gesamte Zeitung archivieren, wenn man das möchte. Ein kleines Archiv auf der Homepage hält die Ausgaben der letzten vier Wochen bereit.

Bei allem Mehrwert, der durch die Technik ermöglicht wird, eine Fliege kann man, wie mit einer richtigen Zeitung, damit nicht erschlagen.

Ja, das ist ein bedauerlicher Nachteil. Ich gebe auch zu, dass E-Paper das sinnliche Erlebnis des Zeitungslesens nicht ganz ersetzen kann. Aber wer die Zeitung als Informationsquelle nutzen will und dabei ihren sozialistischen Inhalt im Blick hat, hat gewonnen.

Die Kommunikation der Vorteile wirkt etwas bemüht ...

E-Paper hat für eine Zeitung, die in einigen Teilen Deutschlands, gerade im Westen, kaum an Kiosken zu finden ist, eine ganz praktische Bedeutung. Ab etwa 22 Uhr ist die Zeitung für den nächsten Tag im Netz, nicht nur in Berlin, sondern weltweit. Wir wenden uns mit diesem Angebot insbesondere an alle, die auf eine Tageszeitung mit unserer politischen Ausrichtung nicht verzichten wollen bzw. sie neu für sich entdecken wollen, die aber außerhalb der zusicherbar tagesaktuellen Zustellbereiche wohnen bzw. arbeiten. Zu einem Preis, der die Kosten für den Vertrieb unberücksichtigt lässt. Den Vorteil geben wir an unsere Leserinnen und Leser weiter. Um das öffentlich zu machen, benötigen wir natürlich die Mitarbeit vieler engagierter Linker.

Ok, habe es gefressen. Wie kann ich mich anmelden?

Einfach über www.neues-deutschland.de/epaper. Das Menü führt dann weiter auf entsprechende Formulare. Übrigens, für die schnellsten Anmelder (bis zum 31. März) gibt es USB-Sticks gratis.

Einfach. Online. Lesen.

Ab sofort »Neues Deutschland« im Online-Abo lesen!



ND-ePaper – Ihre Vorteile:

- ▶ lesen wo und wann man will
- ▶ kein Altpapier
- ▶ nur 15€ im Monat

Jetzt online abonnieren:

www.neues-deutschland.de/epaper

Neues Deutschland

Druck von Links.

Alles öffentlich

Sitzungen im März/April 2007

■ DIE LINKE.PDS-Fraktion des Kreistages Oder-Spree

Öffentliche Fraktionssitzungen: 20.3., 17.4. je 19 Uhr; Orte bei Fraktionsgeschäftsführerin erfragen
Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24
Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Str. 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax (03 36 37) 3 88 43, E-Mail: emk.pooch@t-online.de

DIE LINKE.PDS-Geschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24

■ Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

Rechnungsprüfungsausschuss 23.4., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Ausschuss f. Soziales, Bildung, Kultur u. Sport 24.4., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127
Werksausschuss KWU 25.4., 18.00 Uhr, Fürstenwalde, K.-Marx-Str. 11 (KWU)
Ausschuss f. Recht, Ordnung u. Landwirtschaft 26.4., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Zi. 227/127

■ Kreistag Oder-Spree

28.3., 17.00 Uhr, Beeskow, Schützenhaus

Herzlichen Glückwunsch!

1.4. Gregor Schirmer	Woltersdorf	75 J.
2.4. Franz Schwartz	Eisenhüttenstadt	86 J.
3.4. Theodor Goldschmidt	Eisenhüttenst.	91 J.
4.4. Herbert Friedrich	Grünheide	75 J.
12.4. Ruth Neumann	Schöneiche	93 J.
14.4. Helga Buchholz	Bad Saarow	81 J.
14.4. Heinz Metzger	Fürstenwalde	65 J.
14.4. Gerhard Zimmermann	Eisenhüttenst.	82 J.
16.4. Margot Neumann	Bad Saarow	70 J.
19.4. Carola Meyer	Schöneiche	60 J.
21.4. Joachim Hage	Grunow	75 J.
21.4. Paul Schulze	Fürstenwalde	87 J.
21.4. Günter Steudel	Eisenhüttenstadt	83 J.
24.4. Paul Müller	Eisenhüttenstadt	85 J.
30.4. Jutta Gennrich	Fürstenwalde	75 J.

Veranstaltungen im LOS

(Auswahl)

- 12.3., 13.30 Uhr, Beeskow, Mauerstraße 28, Stadtbibliothek „Kupferschmiede“,
Seniorentreff – Nachklang zum Internationalen Frauentag: **Betrachtungen über die Rechte der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland.** Gast: Vera Vorderbäumen, Frauenreferentin beim Bundesvorstand der Linkspartei.PDS
- 14.3., 18 Uhr, Storkow, Friedensdorf
Was tut die Linke? Im Gespräch mit MdB **Lothar Bisky**
- 18.4., 14.30 Uhr, Fürstenwalde, Domplatz 7, Kulturfabrik, Klubnachmittag, **Vortrag über Vietnam**, Referent: Dr. R. Berthold

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „Widerspruch“ im Die Linke.PDS-Kreisverband Oder-Spree; Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24, E-Mail: oder.spree@pds-brandenburg.de • Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: Peter-Waltraud-Hochmuth@t-online.de, Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich); Redaktionsschluss: 5. Tag des Monats; Auflage: 1 500 Exemplare; Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de; Druck: TASTOMAT Druck GmbH, 15345 Eggersdorf
Der „Widerspruch“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 € - im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „Widerspruch“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten des Die Linke.PDS-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle Die Linke.PDS (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

DIALOG

FÜR EIN BRANDENBURG DER REGIONEN

Eine Initiative von Landesverband
und Landtagsfraktion
DIE LINKE. Brandenburg

I. In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

■ *Verantwortliche Politik muss sich in die gesellschaftlichen Verhältnisse einmischen.*

Starke Gesellschaft, solidarisches Gemeinwesen, handlungsfähiger Staat

■ *Brandenburg braucht einen leistungsfähigen Staat, der soziale Gerechtigkeit durchsetzen kann, der Freiheit für alle erlebbar macht und die demokratische Teilhabe aller stärkt.*

Für eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschaftsordnung

■ *Neoliberalismus als Versuch, die gesamte Gesellschaft dem Primat einer bornierten betriebswirtschaftlichen Gewinnlogik unterzuordnen.*

■ *Gerecht nach der eingebrachten Leistung, aber auch gerecht nach der Bedürftigkeit für ein menschenwürdiges Leben.*

Regeln durch den Markt, Regeln für den Markt

■ *Gerechte Austauschverhältnisse herstellen und Ressourcen verantwortungsbewusst einsetzen.*

■ *Regeln für den Vorrang des Gemeinwohls und zum Schutz gegen wirtschaftliche Macht, die das Gemeinwohl bedroht.*

■ *Der globale Markt erfordert auch weltweit einheitliche Regelungen für das Wirtschaftsleben.*

Bildung und Teilhabe: Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft

■ *Für einen gesellschaftlichen Wandel, der Mensch und Umwelt in das Zentrum stellt.*

■ *Individuelle Bildung und soziale Kompetenz als größte Ressource nachhaltiger Entwicklung.*

Eine offene Gesellschaft der Vielfalt, Toleranz und Solidarität

■ *Alle Brandenburger haben gleiche Rechte und daher Anspruch auf gleiche Chancen.*

■ *Staatliche Programme gegen Armut reichen nicht aus. Nötig ist eine aktivierende Kultur der gegenseitigen Hilfe zur Selbsthilfe.*

Nachhaltigkeit durch ökologisch verantwortungsbewusstes Handeln

■ *Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch verantwortliches Handeln.*

■ *Ökologische Nachhaltigkeit mit konkreten Zügen.*

Ein Politikwechsel ist nötig, ein Politikwechsel ist möglich

■ *Brandenburg als Akteur im deutschen Föderalismus und als europäische Region.*

■ *Pflicht, mit all seinen Möglichkeiten für Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit zu sorgen.*

■ *In Brandenburg gibt es eine strukturelle Mehrheit für einen Politikwechsel.*

Schwerpunkthemen des I. Kapitels des Leitbildes der Linkspartei.PDS Brandenburg
(Auswahl der Auszüge durch die Redaktion)

www.dialog-fuer-brandenburg.de